

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 31 (2004)
Heft: 3

Artikel: Bildung : Chancengleichheit in Gefahr?
Autor: Eichenberger, Isabelle
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-909999>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rangliste der deutschen, österreichischen und schweizerischen Hochschulen für jedes einzelne Fach treffen.

Wer bezahlt?


Das Parlament hat 2003 einer Erhöhung der Bundesbeiträge an die Hochschulen für die Jahre 2004 bis 2007 um 4,75 Prozent auf 17 Milliarden Franken zugestimmt. Die Zahl der Studenten hat sich allerdings seit 1980 auf 125 000 verdoppelt. Diese Entwicklung dürfte sich weiter fortsetzen, obschon die Schweiz mit einer Akademikerquote von nur 19 Prozent weit unter dem OECD-Durchschnitt von 41 Prozent liegt. Wenn einmal feststeht, wie die Studiengänge durch den Bologna-Prozess verlängert und gestrafft werden, wird sich die Finanzierungsfrage noch verschärfen.

Laut dem stellvertretenden CRUS-Generalsekretär Raymond Werlen ist für die ersten vier Jahre ein Betrag von insgesamt 30 Millionen Franken für die Bologna-Initialkosten der zehn kantonalen Universitäten freigemacht worden. Wie es danach weitergeht, ist schleierhaft. «Die Betriebsmehrkos-

ten sind schwer abzuschätzen, denn wir stehen ja erst am Anfang. Die Rede ist jedoch von jährlich 200 Millionen Franken, für die noch keine Finanzierung besteht», fügt Werlen hinzu. Die Universität Sankt Gallen hat das Bologna-System eingeführt, ohne die Richtlinien abzuwarten, und ihr Budget ist um 10 Prozent gewachsen. Woanders spricht man von 15 Prozent. Und das ist nur der Anfang.

Wirtschaftskreise versuchen ihrerseits seit langem, die Studenten zu Kasse zu bitten. Diese hätten schliesslich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und könnten mit einem guten Einkommen rechnen. Charles Kleiber meint dazu, Bildung sei zwar eine öffentliche Dienstleistung, «aber nicht unbedingt eine unentgeltliche». Der Staatssekretär ist nicht grundsätzlich gegen eine Erhöhung der Studiengebühren, insbesondere für den Masterstudiengang, «aber nur unter der Bedingung, dass erst ein System von Stipendien und Darlehen errichtet wird», wie er mehrfach betont hat. Dabei sei wünschenswert, dass die Hochschulen eine allfällige Gebührenerhöhung koordiniert auf

2008 vornehmen, wenn das neue Stipendienwesen des Bundes die untauglich gewordenen kantonalen Systeme ersetzt.

Raymond Werlen von der CRUS verhehlt seine Bedenken nicht: «Bis 2010 werden alle Studiengänge «bolognakompatibel» sein – wenn die Finanzierung klappt. Wenn Faktoren wie die laufenden Entlastungsprogramme und die katastrophale Finanzlage einzelner Kantone die Bedingungen weiter verschärfen, könnte der gesamte Prozess wieder in Frage gestellt werden.» Jean-Marc Rapp pflichtet ihm bei: «Die Unterstützung muss nicht nur verbal, sondern auch finanziell erfolgen, das ist wichtig. Die Schweiz muss die Chance erhalten, sich zu einem erstklassigen Hochschulplatz zu entwickeln. Denn vergessen wir nicht: In unserem rohstoffarmen Land ist das eine der ganz wenigen Wachstums- und Wohlstandsperspektiven.» In einem Punkt sind sich alle Beteiligten einig: Das Stipendienwesen muss verbessert werden. 

Übersetzt aus dem Französischen.

Chancengleichheit in Gefahr?

Der Bologna-Prozess verspricht den Studenten eine höhere Studienqualität, mehr Mobilität und mehr Chancengleichheit. Caroline Gisiger, Co-Präsidentin des Verbandes der Schweizer Studierendenschaften (VSS), würde noch so gerne daran glauben.

CAROLINE GISIGER ist verärgert: «Man hat uns zwar bei der Erarbeitung der «Richtlinien» um unsere Meinung gebeten, aber viele unserer Vorschläge sind nicht berücksichtigt worden. Wir fühlen uns miss-

braucht: Man fragt uns, aber man hört uns nicht zu!»

Anlass zur Sorge geben die zusätzlichen Anforderungen, welche die Universitäten beim Übergang vom Bachelor zu einem spezialisierten Masterstudiengang stellen könnten. Eine Form der Selektion, befindet die Co-Präsidentin des VSS, und fügt hinzu: «Was die Studienqualität betrifft, so werden strengere Vorgaben die Studiengänge bestimmen; die Zahl der möglichen interdisziplinären Fächerkombinationen wird schrumpfen. Hauptsächlich hoffen wir aber auf möglichst grosszügige Zulassungskriterien zum Masterstudiengang, damit die versprochene Mobilität auch gewährleistet bleibt. Spezialisierte Masterstudiengänge sollten eine Ausnahme bleiben und nicht eine Gelegenheit, den Numerus clausus und die Zweiklassengesellschaft in der Bildung einzuführen.»

Letztlich hängt der Erfolg von «Bologna» jedoch vom Geld ab. Deshalb machen sich die Studenten für eine Verbesserung des Sti-



Caroline Gisiger setzt sich ein für die Rechte der Studenten

pendiensystems stark. Sonst ist die Chancengleichheit nicht mehr gewährleistet, meint Caroline Gisiger: «Die Reform geht von einem Vollzeitstudium aus; 75 Prozent der Studenten arbeiten jedoch nebenbei, ein Drittel davon, um die Lebenshaltungskosten zu finanzieren.» IE

Übersetzt aus dem Französischen.